



Programmagentur Rechtskunde – Rechtsstaat und Demokratie



Programmagentur Rechtskunde – Rechtsstaat und Demokratie

Mit dem Projekt „Rechtsstaat und Demokratie“ vermittelt die Programmagentur Rechtskunde Berliner Schülerinnen und Schülern die Bedeutung des Rechtsstaats und rechtsstaatlicher Verfahren für das demokratische Gemeinwesen. Insbesondere am Beispiel des speziell auf ihre Altersgruppe zugeschnittenen Jugendstrafrechts erleben die Jugendlichen die Praxis der Gewaltenteilung und erfahren die Bedeutung des Rechtsstaats nicht zuletzt als Wahrer und Garant ihrer Rechte. Es werden ein- bis dreitägige Module angeboten zu Themen wie (Cyber-)Mobbing, Hate Speech, Jugendstrafverfahren und Wiedergutmachung.

Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 8 und 9 an Berliner Integrierten Sekundarschulen (inklusive Gemeinschaftsschulen) und Gymnasien aller Schulträger im Land Berlin.

Ein herausragendes Merkmal von „Rechtsstaat und Demokratie“ ist die intensive Zusammenarbeit unter anderem mit

- Präventionsbeauftragten der Polizei Berlin,
- Jugendgerichtshelferinnen und Jugendgerichtshelfern der Berliner Jugendämter,
- (Jugend-)Richterinnen und -Richtern
- (Jugend-)Staatsanwältinnen und -Staatsanwälten,

deren Einsatz – insbesondere in den 3-tägigen Basismodulen mit gespielter Gerichtsverhandlung im Jugendgericht – dem Projektangebot ein besonders hohes Maß an Authentizität verleiht.



Kontakt, Öffnungszeiten und Anfahrt

Stiftung SPI

Programmagentur Rechtskunde – Rechtsstaat und Demokratie

Samariterstraße 19-20

10247 Berlin

Ansprechperson: Jürgen Schendel

Telefon: 030 33007781

Fax: -

E-Mail: [rechtskunde\(at\)ivs.stiftung-spi.de](mailto:rechtskunde(at)ivs.stiftung-spi.de)

Öffnungszeiten

Nach Vereinbarung

Verkehrsverbindung

U5 Samariterstraße / S41 und 42 (Ring) Storkower Straße / Tram 21 James-Hobrecht-Straße

Fahrinfo unter www.vbb.de

Angebote

„Rechtsstaat und Demokratie“ bietet drei verschiedene Modultypen an:

a) Basismodul (3-tägig): erste Befassung und Reflexion eigener Erfahrungen mit Straftaten, Kennenlernen der relevanten Akteure im Strafverfahren, Erarbeitung eines Rollenspiels zu einem jugendtypischen Delikt, Durchführung einer simulierten Gerichtsverhandlung im Amtsgericht Tiergarten (Jugendgericht) unter Beteiligung eine:r Richter:in, eine:r Staatsanwält:in und eine:r Jugendgerichtshelfer:in. Folgende Deliktbereiche können für das Rollenspiel gewählt werden:

- Raubdelikt (gemeinschaftlicher Raub eines Handys)
- (Cyber-)Mobbing (unterschiedliche Delikte)

b) Zusatzmodule (1-tägig): Ergänzend zum Basismodul können die Schulklassen verschiedene Zusatzmodule zu folgenden vier Themenbereichen wählen:

- Wiedergutmachung
- (Cyber-)Mobbing
- Hate Speech
- Bildrechte im Netz

c) Einzelmodule (2-tägig): Unabhängig von Basis- und Zusatzmodulen sind folgende Einzelmodule



(ohne gespielte Gerichtsverhandlung) wählbar:

- (Cyber-)Mobbing: „Vom Lästern zur Straftat“
- Digitaler Verbraucherschutz: „Meine Rechte im Netz“
- Jugendstrafrecht: „Dumm gelaufen! – Erwischt – Was nun?“

Durchführungsorte sind in der Regel in der Nähe der Schulen befindliche Jugendfreizeiteinrichtungen bzw. das Amtsgericht Tiergarten (für gespielte Verhandlungen).

Ziele und Schwerpunkte

- Vermittlung der Bedeutung des Rechtsstaats für das demokratische Gemeinwesen
- Vermittlung rechtsstaatlicher Verfahren und Grundprinzipien (Gewaltenteilung) am Beispiel des Jugendstrafrechts
- Wahrnehmung des Rechtsstaats als Garant der Rechte von Kindern und Jugendlichen und der allgemeinen Menschenrechte
- Aufzeigen der Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen, speziell im Jugendstrafverfahren
- Stärkung des Rechtsbewusstseins der Schülerinnen und Schüler sowie der Akzeptanz geltender Rechtsnormen
- Auseinandersetzung mit ausgrenzenden bzw. gewaltförmigen Verhaltensweisen und mit jugendtypischen Formen von Delinquenz
- Bewusstwerdung der Folgen sozial inakzeptabler und rechtlich sanktionierter Verhaltensweisen
- Prävention von Jugenddelinquenz

Struktur

Gefördert durch
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie



Gefördert durch
Landeskommission Berlin gegen Gewalt



**BERLIN GEGEN
GEWALT**
Landeskommission
Berlin gegen Gewalt

Gefördert durch
Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz



Status: aktuell
Zeitraum Seit 01.10.2008